

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Letztzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 56.

Donnerstag, den 7. März 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 5. März 1901.

Der Reichstag erlebte heute einmal wieder einen „großen Tag“, wenn man an ihn den recht bescheidenen Maßstab des deutschen Parlamentarismus anlegt.

Auf der Tagesordnung stand der Etat des auswärtigen Amtes und dieser Umstand, sowie die von der geschäftigen Frau Juma gemeldete Absicht des Reichskanzlers, eine hochpolitische Rede zu halten, hatte ein zahlreiches Tribünen-Publikum herangezogen.

Den Reigen eröffnete der Zentrums-Abgeordnete Dr. Schädlcr mit einer Rede, die für die zunehmende Nationalliberalisierung des Zentrums einen neuen Beweis lieferte. Ein sanfter Tadel der Ordensverleihung an Lord Roberts wurde mit einem viel schärferen Tadel über das unziemliche Verhalten der agrarischen Presse verquickt; die Antisemiten antworteten mit heftigen Zwischenrufen. Doch alles dieses war nur ein ziemlich harm- und bedeutungsloses Vorspiel. Des Pudels oder vielmehr der Schädlcr'schen Rede Kern war eine an den bekannnten offiziellen Petersburger Artikel anknüpfende Frage an den Reichskanzler, wie es mit den deutsch-russischen Beziehungen stehe.

Diese Anfrage gab nun dem Reichskanzler Gelegenheit, eine Rede vom Stapel zu lassen. Sie fiel kürzer aus, als man erwartet hatte, aber keineswegs besser. Alles ist eitel Sonnenschein. Mit Rußland wie mit England leben wir trotz einiger „Reihungsflächen“ mit dem letztgenannten Staate im hohen Frieden und in süßer Eintracht. Lord Roberts ist keine politische Persönlichkeit, und wie lange der Kaiser in England weilt, geht niemanden etwas an. Gegen offiziöse russische Unliebenswürdigkeiten ist Graf Bülow abgebrüht und die Freundschaft mit Rußland darf nicht soweit gehen, daß sie die deutsche Politik beeinflusst. Das alles in dem flotten Tone und der lebemannischen Liebenswürdigkeit vorgetragen, die den „verantwortlichen“ Leiter der Reichspolitik als seine hervorragendsten Eigenschaften auszeichnen.

Als nächster Redner ergriff Genosse Ledebour das Wort. Mit kräftigen Worten geißelte er das ebenso humanitäts- wie völkerrechtswidrige Vorgehen der Engländer in Südafrika und bedauerte, daß das deutsche Reich keinen Anlaß genommen, wegen der konventionswidrigen Verwendung von Lydit und Dum-Dum-Geschossen zu intervenieren, sowie, daß es verabsäumt worden sei, den Frauen und Kindern der Buren eine Heimstätte in Deutsch-Südwestafrika zu gewähren, wie die Schweizer eine solche 1870 den Straßburger Frauen geboten haben. — Eine kurze, aber bedeutungsvolle Rede hielt Abgeordneter Eugen Richter, der die Frage der geplanten Brodvertheuerung in den Vordergrund rückte und im Uebrigen mit einer Handbewegung das Gerede abthat, daß Lord Roberts keine politische Person sei. Vor ihm hatte sich Wasser mann etwa im Sinne Schädlcrs ausgesprochen, nach ihm lud Liebermann v. Sonnenberg die antienglische Bullenbeißerrede ab, die das Haus nun schon mindestens ein Duzend Mal gehört hat.

Eugen Richters Rede gab dem Reichskanzler Veranlassung, nunmehr auch dem Reichstage gegenüber vollpolitische Farbe zu bekennen, wie er es im Abgeordnetenhaus gethan. Er sprach gar honig-süß und griff mit seinen Beispielen sogar bis auf die Fabeln des alten Griechen Aesop zurück. Er erzählte von dem liebevollen Herzen der Regierung für alle Berufsstände, von der mittleren Diagonale, die man zwischen den widerstreitenden Interessen der Wirtschaftsguppen ziehen müsse usw. Im Uebrigen erklärte er sich für „mäßige“ Zollerhöhungen. Graf Bülow hat also auf's Neue den optimistischen Freisinnigen weiblicher Linie, den Nationalsozialen usw. den Irrthum bescheinigt, den sie begingen, als sie ihn für einen Anti-agrarier hielten.

Mit Bülow's Brodvertheuerungsrede war

das Hauptinteresse, daß die heutige Sitzung bot, erschöpft. Die Agrarier der verschiedenen politischen Konfessionen Dr. Dertel, Graf Kanitz, Sped, Seyl von Herrnsheim hielten theils Dank-, theils Bittreden an die Adresse des Reichskanzlers. Zwischendurch sprach der Abenteuere Hesse, dem in seinem Verger manches kräftige Wortlein entfuhr, und verlangte der süddeutsche Nationalliberale Münch-Kerber die Errichtung deutscher Handelskammern im Auslande. Eine dahingehende Resolution wurde der Budgetkommission überwiesen.

Der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ wurde bewilligt. Morgen steht der Rest des auswärtigen Etats sowie der Reichsinvalidenfonds auf der Tagesordnung. Zwischendurch soll noch die dritte Lesung des Postgesetzes vorgenommen werden.

61. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Bülow, v. Söpler, Freiherr v. Rittschhausen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Etats des auswärtigen Amtes.

Dr. Schädlcr (Z.): Seit dem Nichtempfang Krügers ist manches hinzugekommen, was Mißtrauen und Unruhe im Volke hervorgerufen hat. Der Kopf begreift ja, wenn auch das Herz widersteht, daß wir nicht für die Buren Partei ergreifen dürfen, aber es sind Nebenumstände vorhanden, die das Volk nicht versteht. Das ist die Reise des Kaisers nach England und sein langer Aufenthalt dort. Hat der Thronwechsel in England für uns irgendwelche politische Bedeutung? Bedenken erregen muß die Verleihung des schwarzen Adlerordens an Lord Roberts. Sollte uns unsere hyperfreundliche Politik zu England nicht isoliren? Der Draht nach Rußland scheint nicht gut zu funktionieren. Welche Bedeutung mißt der Reichskanzler dem agrarpolitischen Artikel des russischen Finanzministers Witte in der russischen „Industrie- und Handels-Zeitung“ bei? Der innere Friede muß gewahrt, und der Reichstag darf in wichtigen Fragen nicht übergangen werden. Unsere auswärtige Politik darf die Grundlage der Treue und Gerechtigkeit nicht verlassen. (Bravo! i. Zentr.)

Graf Stolberg-Wernigerode (R.) fragt, wie wir zu Rußland stehen, und welche Bedeutung der Artikel der russischen „Handelszeitung“ hat.

Reichskanzler Graf Bülow: Ich habe heute Morgen in den Morgenblättern gelesen, daß über die Reise des Kaisers nach England eine große Rede von mir zu erwarten sei. (Heiterkeit.) Ich will mich aber nur auf kurze sachliche Ausführungen beschränken. Der Besuch des Kaisers war weder ein politischer noch ein höfischer, sondern ein rein menschlicher Akt. Wie lange der Enkel am Sterbebett der Großmutter weilt und ob er ihrer Beilegung beiwohnt, ist ausschließlich Gefühlsache, und darüber hat nur der Kaiser zu entscheiden gehabt. Daß England seiner Dankbarkeit für den Besuch offen Ausdruck giebt, ist erklärlich, und wenn über das rein menschliche Empfinden hinaus noch der Wunsch in England hervorgerufen ist, friedliche Beziehungen zu uns zu pflegen, so liegt politisch kein Anlaß vor, das Übel zu nehmen. (Heiterkeit.) Wir können nur wünschen, daß zwischen uns und England Friede und Freundschaft herrscht. Selbstverständlich ist die Vorbedingung jeden Zusammenwirkens volle und dauernde Gleichberechtigung zwischen dem deutschen und dem englischen Volke. Unser Verhältnis zu England hat sich seit Dezember nicht geändert, wo ich unsere Bereitwilligkeit betonte, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und absoluter Parität mit England in Frieden und Freundschaft zu leben. Soweit der Kaiser durch seinen Aufenthalt für diese Politik die Bahn freigemacht hat, ist es für beide Länder und überhaupt für den Weltfrieden nur nützlich. Gewiß bestehen zwischen Deutschland und England gewisse Reibungsflächen, aber auch viele notwendige Berührungspunkte. Der Thronwechsel in England hat in unseren Beziehungen zu England nichts geändert. Herr Dr. Schädlcr hat weiter angedeutet, daß der Besuch Sr. Majestät mit der neutralen Haltung in Widerspruch steht, die wir in den südafrikanischen Wirren einnehmen. Die Parallele zwischen dem Besuch des Kaisers in England und dem Nichtempfang des Präsidenten, die auch von anderer Seite schon gezogen ist, trifft nicht zu. Die Reise des Präsidenten Krüger hatte den ausgesprochenen Zweck, uns in die südafrikanischen Wirren einzumischen, während der Besuch des Kaisers in England mit dem südafrikanischen Kriege nichts zu thun hat. Was die Verleihung des schwarzen Adlerordens an Lord Roberts angeht, so bemerke ich, daß die Verleihung von Orden ein verfassungsmäßiges Recht der Krone ist. Außerdem hatte die Verleihung des schwarzen Adlerordens an Lord Roberts keine politische Bedeutung. Herr Schädlcr hat gewünscht, daß die guten Beziehungen zu Rußland nicht geschädigt würden. Ich bin davon durchdrungen, daß es eine der vornehmsten Aufgaben unserer Politik ist, zu Rußland die freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen. (Bravo! und sehr richtig! rechts und im Centrum.) Die deutschen und die russischen Interessen können in den meisten Punkten Seite an Seite gehen. In keinem wesentlichen Punkte brauchen sie sich bei gegenseitigen gutem Willen zu durchkreuzen. (Sehr richtig! und Bravo! rechts und im Centrum.) Aber wir verlangen volle Gleichheit. Deutschland ist nicht mehr auf das Ausland angewiesen, (Sehr richtig! rechts) und auch das Ausland nicht mehr auf uns, weder in politischer noch in wirtschaftlicher Beziehung. Es ist ein Artikel, der in einer russischen Zeitung erschienen ist, zur Sprache gebracht worden, der sich mit dem zukünftigen Zolltarif beschäftigt. Auf die persönlichen Liebenswürdigkeiten für mich, die in diesem Artikel enthalten sind, reagiere ich nicht, weil ich es für besser halte, daß Meinungsverschiedenheiten beider Staaten auf diplomatischem und nicht

auf publizistischem Wege ausgeglichen werden und weil ich es mir zur Ehre anrechne, wenn ich vom Ausland deshalb angegriffen werde, weil mir die deutsche Landwirtschaft keine quantität-negligeable ist. (Lebhafte Beifall rechts.) Freundschaftliche Beziehungen zwischen großen Ländern können erprießlich nur sein auf dem Wege gegenseitigen Entgegenkommens. Wenn wir die Interessen des eignen Landes mit Nachdruck vertreten, so liegt darin noch keine feindselige Gesinnung gegen unsere bisherigen und wie ich hoffe, auch zukünftigen Handelsfreunde. Wenn uns aber vor irgend einer Macht zugemuthet wird, ihr unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die Folgen, Konzessionen zu machen, so wäre das nicht mehr Freundschaft, sondern Vassallenthum. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Unsere auswärtige Politik wird weder durch Liebe noch durch Haß, weder durch dynastische Rücksichten noch verwandtschaftliche Beziehungen bestimmt, sondern durch ein ruhiges und nüchternes Abwägen dessen, was im Interesse des Landes liegt. Se. Majestät läßt sich nur bestimmen durch die gewissenhafteste Fürsorge für das Reich und dessen Zukunft und auch ich bin nur für eine nüchterne Realpolitik, die ich kurz dahin definiren möchte: Gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten, die mit uns in Frieden und Freundschaft leben wollen, aber unter voller Wahrung unserer politischen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, auf welche das deutsche Volk ein unveräußerliches Anrecht hat. (Lebh. Beifall im Centrum und bei den Rait.)

Ledebour (SD.) [Rufe rechts: Oh! Ein großer Theil der Reden verläßt den Saal]: Für uns liegt kein Anlaß vor auf die ganz allgemein gehaltene Erklärung des Reichskanzlers über unser Verhältnis zu Rußland einzugehen. Für uns ist die Hauptfrage die auswärtige Politik und unser Verhältnis zu England. Wir sind es ja gewohnt, daß die auswärtige Politik hier nicht ernstlich und gründlich behandelt wird. Man hält sich in den Mantel der Staatsmännlichkeit. Die offiziöse Presse verkündet dann den Ruhm des Reichskanzlers. Diese offiziöse lügenhafte Berichterstattung ist ein Krebsgeschwür in unserem Reiche. Ich hoffe, daß es dem Herrn Reichskanzler selbst nicht unangenehm sein kann, wenn in derartigen lügenhaften Berichten sein Ruhm im Auslande verbreitet wird. Die einzige Waffe dagegen liegt darin, daß die einzelnen Parteien sich unabhängige Berichterstatter für das Ausland halten. — Der Herr Reichskanzler hat wieder behauptet, wir hätten strikte Neutralität im südafrikanischen Kriege gehalten. Wie ist mit dieser Neutralität die Waffenlieferung deutscher Firmen an England zu vereinigen? Daß es der Reichsregierung unmöglich sein sollte, einen solchen Neutralitätsbruch zu verhindern, ist doch ausgeschlossen. Einen weiteren Neutralitätsbruch bedeuten die geheimen Verhandlungen zwischen Deutschland und England über die eventuelle Auftheilung der portugiesischen südafrikanischen Kolonien. Ebenso unangebracht waren die Verhandlungen mit Cecil Rhodes über Abmachungen in Südafrika. Ich meine, es zeugt von einem auffallenden Mangel an vornehmer Gesinnung, wenn man Cecil Rhodes empfängt und dem Präsidenten Krüger die Ehre weilt. — Weiter hätte aber unsere Regierung die Verpflichtung gehabt, die Innehaltung der Vereinbarungen der Haager Konvention zu verlangen. Die Altentwürde über diese Konvention sind ja entgegen dem Versprechen des Reichskanzlers vor einem Jahre noch nicht veröffentlicht, es ist aber doch bekannt, daß das Verbot des Gebrauchs von Dum-Dum- und Lyditgeschossen darin enthalten war. Diese Vereinbarung ist von England in dem südafrikanischen Kriege bekanntlich verletzt worden, und hiergegen hatte die deutsche Regierung die Pflicht einzuschreiten. Auch noch weitere Ausdehnungen der Engländer in dem südafrikanischen Kriege sind bekannt geworden und theilweise so aufwendig belegt, daß ein Zweifel daran nicht mehr möglich ist. So theilt ein früherer preussischer Rittmeister, der gegenwärtig als Kapitän in der Burenarmee dient, in einer Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“ mit, daß nach einem Geheiß an der Nordgrenze von Transvaal, englische Soldaten unter Aufsicht von ihnen geführter Burenmädchen verewaltigt haben. Diese Nachricht ist in einer Zuschrift an die „Frankf. Ztg.“ bestätigt worden. Demgegenüber hätte die Regierung die Pflicht, bei der englischen Regierung Protest zu erheben gegen ein solches inhumanes Vorgehen. Freilich die deutsche Regierung scheint sich wahrscheinlich, einen solchen Protest in England einzulegen angesichts der Thatfache, daß unsere deutschen Truppen in China leider von ähnlichen Ausschreitungen nicht freizusprechen sind. — Alle diese Vorgänge hängen ja eng zusammen mit unserm ganzen System, das es ermöglicht, daß einzelne unkontrollirbare Personen maßgebenden Einfluß ausüben können. Wie gefährlich das ist, beweist das seiner Zeit gefallene Wort „Paradou wird nicht gegeben.“ Wir können Niemand dafür zur Verantwortung ziehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Herr Reichskanzler hat freilich seiner Zeit die Verantwortlichkeit dafür übernommen. Diese Verantwortung ist doch aber nichts weiter als ein klingendes Erz und eine tönende Schelle. Die moralische Verantwortung für die Hunnrede kann Graf Bülow gar nicht übernehmen. Ein solches Mindermaß von historischer Bildung und von allgemeinem Menschlichkeitsgefühl trauen wir dem Grafen Bülow nicht zu, daß er die Hunnrede hätte inspiriren können. Und da dies unmöglich ist, so hat Kaiser Wilhelm II. ausschließlich die Verantwortung zu tragen für jene Rede. Das Urtheil, das in der Geschichte über diese Rede gefällt werden wird, wird allerdings anders lauten als das der deutschen und englischen Höfe. — Wir halten den südafrikanischen Krieg für ein Verbrechen, für außerordentlich gefährlich für die Kultur nicht nur in Afrika, sondern für die Kultur der Menschheit. In dieser Beurteilung befinden wir uns im Einklang mit den sozialistischen und sogar den gewerkschaftlichen Arbeitern Englands, die den Imperialismus auf das Aerschärfste verurtheilen. Leider ist ja außerordentlich wenig Ansehen vorhanden, daß ein Schiedsgericht eingesetzt wird, aber es wäre doch erwünscht, daß von Deutschland wenigstens eine Anregung nach dieser Richtung ausginge. — Die bürgerlichen Klassen sollten zum mindesten aus diesem südafrikanischen Kriege lernen, wozu die imperialistische Politik bei uns in Deutschland führen muß. Unsere Politik sollte vielmehr darauf ausgehen, die Deutschen im Inland auf ein höheres geistliches Niveau zu heben, als das englische Beispiel nachzuahmen, das uns nur ins Verderben führen kann. (Bravo! bei den Sozialdemokr.)

Ansprache, erinnerte sie an die Waffenthaten der Kameraden in China, ermahnte sie zur Nachahmung, und sprach die Hoffnung aus, daß sie als deutsche Soldaten opfermüthig ihre Pflicht thun würden, wie es die deutschen Truppen in Ostasien gethan hätten."

Kleine politische Nachrichten. Der neue Zolltarifentwurf ist jetzt, nach offiziellen Mittheilungen, im Reichschatzamt fertig gestellt und wird sofort den verbündeten Regierungen mitgetheilt werden. Das preussische Staatsministerium dürfte sich bald damit beschäftigen, und es wird angenommen, daß die Vorlage in kürzerer Zeit an den Bundesrath gelangen wird. Daß der Zolltarifentwurf in dem jetzigen Stadium veröffentlicht und so zur Erörterung gestellt werden sollte, gilt nicht als wahrscheinlich. — Das Centrum beantragt im preussischen Landtag, die Regierung zu ersuchen, für die Unterführung entlassener Strafgefangenen im nächsten Jahre statt 21 200 Mk. 71 200 Mk. in den Etat einzustellen. — An das Präsidium des ungarischen Abgeordnetenhauses sind anonyme Drohbriefe gelangt, in welchen angeblich ein Vitterat auf das Haus angedroht wird. In Folge dessen wird das Abgeordnetenhaus ständig bewacht. Während der Sitzungen ist die Polizei verstärkt worden. Die Sozialisten Hugo Großmann und Arnold Weinberger, welche, wie von uns gemeldet, am Freitag Druckschriften in den Sitzungssaal warfen, wurden vom Polizeigericht zu 100 bzw. 50 Kronen Geldstrafe, eventuell 5 bzw. 3 Tagen Arrest verurtheilt. — Aus Petersburg wird Wolffs Bureau von einem Privatkorrespondenten gemeldet: Die Polizei verwehrte am Montag Vormittag etwa 200 Studenten der hiesigen Universität den Eintritt zu dem Gottesdienst, der anläßlich des Gedenktags der Aufhebung der Leibeigenschaft in der Kaiserlichen Kathedrale abgehalten wurde. Die Studenten, die die Hymnen sangen und zur Kirche auf den Kaiser ausbrachten, wurden von berittener Polizei den Newskiprospekt entlang in den Hof des Stadthauses gedrängt. Als sie die Ansprache des Stadthauptmanns, der sie beruhigen wollte, mit erneuten Lärmern beantworteten und am Nationalfeste theilzunehmen verlangten, ging die Polizei gewalttham vor. Es gelang ihr, die Studenten, die nun Drohbriefe gegen den Stadthauptmann ausstießen, in den Hof der Duma einzuschließen, von wo sie in langem Zuge unter starker Polizeibeckung in Polizeigewalt abgeführt wurden. — In der französischen Kammer haben am Montag, bei dem Beschlusse über den Antrag der Kommission, die Ungültigkeit der Mandate von Déroulède und Habert auszusprechen, die Republikaner, Antisemiten und Nationalisten versucht, zu Irregularitäten. Der Antisemit Faure beschimpfte Kammer und Regierung und wurde zeitweilig von der Sitzung ausgeschlossen. Die Kammer beschloß darauf die Ungültigkeit des Déroulède'schen Mandats mit 350 gegen 117 Stimmen, die des Habert'schen mit 347 gegen 142 Stimmen. — Das englische Unterhaus nahm am Montag den Nachtragsetat zum Marinevoranschlag mit 246 gegen 49 Stimmen an. — Im englischen Militärlager von Aldershot herrscht Schrecken. Die Sendungen von Rekruten nach Aldershot wurden eingestellt. — Eine furchtbare Dynamit-Explosion ereignete sich im Zollamt zu Fern (Nordspanien). Viele Menschen wurden getödtet und verwundet; der Sachschaden ist bedeutend. — Im Königreich sind laut Mittheilungen von Passagieren des nach Belgien zurückgekehrten Dampfers „Leopoldville“ Naruhen in den Distrikten Ulu und Sanga ausgebrochen. — Die Buren besetzten, wie Neuter vom südafrikanischen Kriegsschauplatz meldet, Pearson (Kapkolonie), eine kleine Stadt ungefähr 40 Meilen südwestlich von Cradock. — In den Vereinigten Staaten ist Mac Kintley's vierjährige Amtsperiode am Montag abgelaufen. Die neue Amtsperiode wurde feierlich eingeleitet durch ein Fest, dessen Haupttheil eine große Prozession von Veteranen und Truppen bildete. Die Zeremonie ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Mac Kintley erklärte sich in seiner Rede für eine liberale Handelsvertragspolitik, um die auswärtigen Märkte den amerikanischen Produkten im weiteren Umfange zu erschließen. Im Uebrigen behandelte der Präsident fast ausschließlich Cuba und die Philippinen, entwickelte aber nichts Neues.

Indien.

Neue Verwicklungen stehen den Engländern in Indien und den benachbarten Gebieten bevor. Es handelt sich um eine Bewegung unter den Mohammedanern, die theils religiöser, theils politischer Natur ist. Nach türkischen Zeitungen, die grade in einer solchen Frage gut unterrichtet sein können, greift die panislamistische Bewegung nach Indien über. Dortige mohammedanische Vereine hätten eifrig begonnen, sowohl wohlthätig zu wirken in Anbetracht der Hungersnoth, als auch die Gemeinsamkeit der Interessen der Mohammedaner zu pflegen. Die Zahl der Anhänger dieser Vereine wachse täglich. Die Mohammedaner glaubten, daß England militärisch geschwächt sei und noch schwächer werden müsse. 20 000 Mann englischer Truppen, deren indische Dienstzeit jetzt ablaufe, würden nicht entlassen oder heimgeschickt werden, sondern befürchteten, gegen die Aufständischen in Wafiristan verwendet zu werden. Das liege durchaus nicht in ihren Wünschen. Die Wafiri seien entschlossen, sich nicht zu unterwerfen. An Waffen und Kriegsvorrath fehle es nicht. Afghanische Sendboten befinden sich unter ihnen. Die Zeitungen bringen auch die Nachricht, daß der afghanische Emir Abdurrahman die Straßen durch Befestigungen gesperrt habe.

China.

Som Chinawirwar. Im französischen Ministerath theilte Dienstag Delcasse mit, daß sämtliche vereinbarten Strafen gegen die Schuldigen an den Festen Verbrennen Montag vollzogen wurden. Durch Maueranschlag wurde offiziell die Bestrafung bekannt gegeben. — Nach Mittheilungen aus Singapur zeigt die Kaiserin-Wittwe ziemlich heftigen Widerstand gegen die Rückkehr nach Peking. Wie Neuter's Bureau mittheilt, erließ der Kaiser von China ein Edikt, wonach alle Dekrete und Verträge, die zwischen dem 20. Juni und dem 14. August 1900 erlassen, respektive erlassen worden sind, vernichtet werden sollen, um jede Spur derselben in der Geschichte zu verwischen.

Graf Waldersee meldet aus Peking vom Montag: Am 1. März kehrte eine Erkundigungsabtheilung von 25 Mann unter Oberstleutnant v. Wallmenich (4. Ostasiatisches Infanterieregiment) bei Verlust von 3 Todten und 1 Verwundeten die Anwesenheit starker Truppen westlich von Lungtschuan fest, etwa 18 Kilom. westlich des Anflugsplatzes, nahe der chinesischen Mauer. Auch bei Wuhai, 50 Kilom. südwestlich von Lungtschuan in Schaan, liegen erhebliche Kräfte. Oberst Frhr. v. Ledebur (3. Ostasiatisches Infanterieregiment) ist heute früh von Peking mit 4 Kompanien abgeschickt worden, am den Anflugsplatz bis zur Mauer vom Feinde zu säubern und donernd zu schützen. Waldersee ordnete ferner an, daß Changhsing, 35 Kilom. nördlich von Peking, wo noch Räuber und Boxer thätig sein sollen, mit der 4. Kompanie des Regiments 2 und einem Zug berittener Infanterie belegt werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 6. März 1901.

An die Arbeit! Der Bann des Winters, welcher schwer auf Lübeck's Proletariern lastete, scheint gebrochen zu sein; mit dem Eintreten milderer Witterung wird sich langsam auch die Arbeitsgelegenheit vermehren, und Mancher, der lange Wochen erzwungener Ruhe durchzumachen hatte, darf wieder zur gewohnten Zeit seiner Beschäftigung nachgehen. Mehr als der berebteste Mund und der überzeugendste Zeitungsartikel haben die Tage der Noth den Arbeitern die Lehre gepredigt, daß sie in guten Zeiten ihre Lage verbessern sollen, um für die schlechten gerüstet zu sein, haben ihnen handgreiflich vor Augen geführt, welchen Werth die Organisation hat. Diese Erkenntniß praktisch zu betheiligen, das ist die nächstliegende Aufgabe der Arbeiter Lübeck's! Noch stehen Hunderte von Arbeitern, ihr eigenes Interesse verletzend, den Gewerkschaften fern; diese zum Bekändniß ihrer Lage zu bringen, sie einzureihen in das Heer der Kämpfenden, das muß sich jeder einzelne klassenbewußte Arbeiter zur Ehrenpflicht machen. Besonders gilt es, die Angehörigen derjenigen Berufe, in denen die Organisation überhaupt noch keine Wurzeln geschlagen hat, unablässig auf den Nutzen und Zweck der Verbände hinzuweisen und sie so allmählich hineinzuführen in den Bund ihrer Arbeitsbrüder. Wo sich nur immer eine Gelegenheit bietet, Indifferente aufzuklären, da muß sie wahrgenommen werden; unsere Agitation muß verstärkt werden in den kleinen Städten und Dörfern, wo vielfach die Arbeiter nur auf den Wink warten, der sie zu uns führt Schulter an Schulter. Das Gewerkschaftskartell, die Agitationskommissionen und Gausvorstände werden ihr bestes Können in den Dienst der guten Sache stellen, und die Arbeiterpresse, deren weiteren Ausbau jeder Genosse sich sollte eifrigst angelegen sein lassen, wird nach wie vor den Gewerkschaften eine treue Stütze sein. Wir hoffen, daß dieser unser Aufruf günden, daß Hunderte begeisterte, unermüdete Werber sich freiwillig einstellen werden für

die gewerkschaftliche Organisation!

Parteienossen!

Erwerbt das Bürgerrecht!

Beamten-Konsumverein? Vor einigen Tagen brachte die „Eisenbahn-Zeitung“ die Mittheilung, die hiesigen Beamten planten die Errichtung eines Waarenhauses, gleichzeitig nahm das Blatt Stellung gegen ein derartiges Projekt, weil dadurch die Detaillisten geschädigt würden. Von anderer Seite wurde sodann bemerkt, daß es sich nur um die Errichtung einer Verkaufsstelle von Konsumartikeln für den Hausbedarf handle; man könne es den Beamten, namentlich den Privatbeamten, nicht verdenken, wenn sie dazu griffen, denn ihre Gehälter hätten mit dem Steigen aller Preise nicht gleichen Schritt gehalten. Daraufhin verlautete, die Ladeninhaber würden, falls die Verkaufsstelle Thatsache würde, in Eingaben an Senat und Bürgerschaft dafür plädiren, von allen Gehaltserhöhungen im Beamtenbesoldungsetat abzusehen. Dieser Schredschuß hat offenbar gefessen, denn die Staats- und Gemeindebeamten haben sich gegen das Projekt erklärt. In der Generalversammlung des Beamtenvereins ist ein Antrag, die Satzungen dahin zu ändern, daß zu den Zwecken des Vereins auch Einrichtungen der erwähnten Art gehören sollen, in einer Kommission begraben worden; und heute wird im „Gen.-Anz.“ eine Stimme laut, die Lübschen Staatsbeamten möchten einen besonderen Verein gründen, da sie im Beamtenverein majorisirt würden und, wie der vorliegende Fall zeige, unter Umständen ohne ihr Verschulden in ihren Interessen geschädigt werden könnten. Ob damit freilich die Sache endgültig abgethan ist, erscheint wohl fraglich, zumal die Konsumvereinsbewegung in ganz Deutschland unerkennbar große Fortschritte macht. Die Geschäftsleute könnten unseres Erachtens nichts Thörichteres thun, als gegen die bessere Besoldung der Beamten anzugehen. Das wäre genau so verrückt, als wenn sie gegen Lohnerhöhungen bei den Arbeitern Front machten. Wo die Gehälter und Löhne am niedrigsten sind, dort ist, das beweisen die Thatsachen, die Neigung, auf genossenschaftlichem Wege den Konsum zu verbilligen, ganz naturgemäß eine weitaus größere, als dort, wo hohe Löhne und Gehälter gezahlt werden. Man darf auf die weitere Entwicklung mit Recht gespannt sein.

Gegen den Brodwucher! In Elmshorn nahmen an der Protestversammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter v. Elm sprach, etwa 600 Personen theil. — Gegen die Erhöhung der Getreidezölle richtete sich eine vom Reichstagswahlverein von 1884 und vom Handelsvertragsverein in Hamburg nach Sagebiels Etablissement einberufene öffentliche Versammlung, in welcher die Herren Max Schinkel-Hamburg und Roland Lücke-Berlin sprachen. An der darauf folgenden Debatte theilnahmen u. A. die Herren von Rappard (freisinnig), Dr. Ahlgrim (nationalsozial), und Genosse Stolten. Schließlich fand folgende Resolution Annahme: „Die am 4. März 1901 zu Hamburg tagende, vom Handelsvertragsverein in Gemeinschaft mit dem Reichstagswahlverein von 1884 einberufene Versammlung erblickt in einer Erhöhung der Getreidezölle eine schwere Schädigung unseres wirtschaftlichen Lebens; eine solche Erhöhung würde — ohne der Landwirtschaft mehr als vorübergehenden Nutzen zu gewähren — den

ferneren Abschluß von dem deutschen Handel, der deutschen Industrie und Schifffahrt unentbehrlichen langfristigen und günstigen Handelsverträgen verhindern, und sie würde den Kampf ums Dasein vor Allem den arbeitenden Klassen äußerst erschweren und die sozialen Gegensätze verschärfen! Die Versammlung hält an der bisherigen bewährten Handelspolitik fest und protestirt auf das Entschiedenste gegen eine Erhöhung der Getreidezölle, sowie gegen Einführung von Minimal- und Maximaltarifen!“ Die antisemitischen Schildknappen der Agrarier glänzten durch Abwesenheit, obwohl sie gewissermaßen verpflichtet waren, ihren Mann zu stehen. Desgleichen Dr. Semler, der sonst immer bei allen Kundgebungen des Reichstagswahlvereins den Mund am weitesten aufriß.

Parteitag. Die Genossen machen wir auf die zur Deckung der Kosten des diesjährigen Parteitag's herausgegebenen Marken zum Preise von 10 Pf. aufmerksam, deren Vertrieb sie sich bei passender Gelegenheit besonders angelegen sein lassen mögen. Alle Distrikt- und Bezirksführer sind im Besitze derselben.

Die Redaktion des „Arbeitsmarkt“ hat bei ihrer von uns gestern bereits erwähnten Umfrage über die Lage in der Metallindustrie aus Lübeck folgende Antwort erhalten: „In Lübeck ist die Lage der Metallarbeiter im Vergleich zu anderen Kategorien noch gut zu nennen, da die beiden größten Etablissements am Orte, die zusammen 1000 Arbeiter beschäftigen und bei 2000 Metallarbeitern überhaupt den Ausschlag geben, noch über das Jahr 1901 hinaus vollständig mit Arbeit gedeckt sind.“ Das trifft zu. Gleichwohl wirkt die an anderen Orten schärfer zu Tage tretende schwere Krisis auch hier insofern ungenügend ein, als die Metallindustriellen weit ungenügender noch als früher ihre Maßregelungen treiben. Sie nutzen die Gelegenheit, ihre noble Gefinnung kundzutun, weidlich aus.

Absatz nach Rußland. Ein bedeutendes deutsches Eisenwerk erhielt vor einigen Tagen von einem russischen Agenturhause folgendes Schreiben: „Nach langem Verhandeln muß ich Ihnen leider mittheilen, daß meine Bemühungen in Ihrem Interesse vergeblich geblieben sind. Die hiesige Maschinenbauwerkstatt hat zu gleichem Preise die Anlage übernommen und verlohnt sich weitere Bewerbung jetzt nicht, da unter den drohenden Zollwirren überhaupt deutsche Konkurrenz nicht mehr in Frage kommt.“

Der 3. Verbandstag der Stukkateure fand in der vorigen Woche in Frankfurt a. M. statt. Der Verband ist gemessen von 673 Mitgliedern in 17 auf 2250 Mitglieder in 54 Filialen. Er hat ein Vermögen von 6850,94 Mark. Der Beitrag wurde auf 50 Pf. pro Woche im Sommer und 30 Pf. im Winter erhöht, auch soll eine Arbeitslosenrente eingeführt werden. Betreffs der Reiseunterstützung wurde in § 9 des Statuts eine 26wöchentliche Karenzzeit festgesetzt, in § 10 eine einheitliche Reiseunterstützung von 1 1/2 Pf. pro Kilometer, und nach einem Jahr von 15 Mark, zwei Jahren 20 Mark, drei Jahren 30 Mark. Dem Statut zugefügt wurde folgender Passus: „Die Wittwen verlorbener Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 50 Mark, jedoch nur dann, wenn der betreffende Kollege mindestens ein Jahr lang ununterbrochen Mitglied des Verbandes war und seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.“ Bezüglich des Jahrblasses wurde beschlossen, beim „Grundstein“ ein Kopfbild herauszugeben; dessen Name lautet „Der Stukkateur“. Beschlossen wurde ferner mit 17 gegen 5 Stimmen, einen besoldeten Beamten anzustellen. Als solcher wird Odenthal-Köln mit 2000 Mark Anfangsjahresgehalt gewählt. Der Sitz des Hauptvorstandes wird nach Hamburg verlegt. Angenommen wurde ferner eine Resolution, „14 pCt. der Einnahmen der Hauptkasse sind zur Anammlung eines Fonds zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung so lange zurückzulegen, bis die Höhe eines vollen Jahres erreicht ist.“ Endlich ist noch zu erwähnen die Annahme einer Resolution, wonach bei allen Bewegungen Werth auf die Abschaffung der Akordarbeit zu legen ist.

Der Kanal ist wieder eisfrei und für Schlepplüge passierbar.

Die Lübeck-Rönigsberger Dampfschiffahrtsgesellschaft (Dampfer Luba, Kant, Burg) zahlt 2 pCt. Dividende, während die Hanseatische Dampfschiffahrtsgesellschaft 12 pCt. vertheilt und obendrein große Abschreibungen macht.

Gestorben ist der Küster von St. Petri, Herr Lehrer Horkmann.

Wegen Fahnenflucht im Rückfall hatte sich vor dem Kriegsgerichte in Flensburg der Füllier Straßendorf aus Lübeck zu verantworten. Er ist im November v. Js. aus der Garnison Sonderburg entwichen und hier gefaßt worden. Die Entscheidung mußte ausgefetzt werden, da, wie wir dem „S. Fr.“ entnehmen, ein ärztliches Gutachten geistigen Defekt konstatirt und deshalb ein Obergutachten eingeholt werden soll.

L. Stadttheater. In Otto Ernst's Komödie „Flachsmanu als Erzieher“ gastirte Dienstag Abend Herr Paul Arendt vom Hoftheater in Schwerin. Der Künstler, der den Jan Flemming gab, hatte, wie wir gleich voraussagen wollen, einen freundlichen Erfolg. Natürliches Spiel vereint mit einer guten Dosis Humor, sowie recht ansprechende Erscheinung sind Eigenschaften, welche sofort bei Herrn Arendt ins Auge springen; dabei fehlt es ihm auch nicht an der nöthigen Gestaltungskraft, deren es bedarf, um den unerschrockenen, nach höheren Zielen ringenden Lehrer in den Mittelpunkt des Interesses zu bringen. — Trotz des miserablen Wetters hatte sich ein ziemlich zahlreiches Publikum eingefunden, welches mit gespannter Aufmerksamkeit den Vorgängen auf der Bühne folgte, und sämtliche Darsteller, namentlich aber den sehr sympathischen Gast, durch lebhaften Beifall von seiner Zufriedenheit mit dem Gebotenen Kenntniß gab.

Dem Zwangsarbeitshause wurden im Februar wegen Bettelns zwei Arbeiter, ein Schiffstakter und ein Schuhmacher auf je 24, ein Matrose auf 9 Monate überwiesen. Das Alter der Bestraften schwankt zwischen 27 und 67 Jahren.

Das Arbeitersekretariat
 Johannisstr. 46
 ist geöffnet an Wochentagen von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 7 1/2 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.

Entin. Der Kagenjammer! Die guten Spießbürger des Fürstenthums sind ganz aus dem Häuschen, weil jetzt das große Blechen anhebt. Sie vergessen ganz, daß sie und ihre löblichen Erforenen im Landtage es sind, welche dem Volke die saure Suppe eingebrockt haben, die auszulöffeln jetzt so schwer fällt. Bei der Beratung der Erhöhung der Zivilliste hat im Landtage Genosse Hug, entgegen den schönfärbereischen Darstellungen der Finanzlage, darauf hingewiesen, daß die damals momentan günstige Finanzlage des Landes angesichts der wirtschaftlichen Depression sehr bald in eine ungünstige sich verwandeln werde. Die Inponderabilien, d. h. die unwägbareren Beziehungen zwischen Fürst und Volk, wurden höher angeschlagen, als das Gleichgewicht der Finanzen, und man beschloß die Erhöhung der Zivilliste um 155 000 Mk. baar Geld. Nun zeigt sich, daß die wirtschaftliche Depression sich kundgibt durch eine Mindereinnahme der Eisenbahnverwaltung von über 25 000 Mark allein im Monat Januar. Der Monat Februar wird, wie verlautet, kein besseres Ergebnis zeigen. Im Fürstenthum Lübeck müssen, wie vorhergesagt, was im Landtage aber auch bestritten (!) wurde, vom 1. Mai ab zwanzig Prozent mehr Einkommensteuer bezahlt werden. Das macht fast gerade so viel aus, als die Lübecker für die Erhöhung der Zivilliste bezahlen müssen. Wie ungünstig sich die Finanzen des Fürstenthums Lübeck ent-

wickelt haben, geht daraus hervor, daß vor einigen Jahren nur 50 Prozent der Einkommensteuer erhoben worden sind, jetzt aber 120 Prozent erhoben werden müssen. Mit Recht bemerkt nun das Banter „Volksblatt“: „Die Lübecker Abgeordneten hatten es in der Hand, den Subventionstrag zu Fall zu bringen, wenn sie lediglich das Interesse der Steuerzahler im Auge gehabt hätten. Aber die Abgg. Dohm und Köper stimmten für den Minderheitsantrag, und die Abgg. Dittmer und Sommer stimmten für die sofortige Erhöhung der Zivilliste um 155 000 Mark. Da Dittmer als Pastor Staatsbeamter und Sommer Hoflieferant ist, konnten doch die Herren, wenigstens nach ihrer Meinung, nicht gegen die Vorlage stimmen. Solche Steifnacktheit darf man von solchen Leuten nicht verlangen, obgleich alle vier wußten, daß das Fürstenthum schwer unter ihrer Nachgiebigkeit zu leiden hat, Hoffentlich werden die Wähler ein Einsehen mit diesen Herren haben und sie in solche Gewissens- bezw. Geschäftskonflikte nicht mehr bringen!“

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In Kiel bereiten sich eine ganze Reihe wichtiger Lohnbewegungen vor. Die Brauer sind mit sämtlichen übrigen Arbeitern bereits in eine solche eingetreten. Die Schneider haben mit 199 gegen 21 Stimmen beschlossen, am 12. März den Streik in den Geschäften, die nicht bewilligt haben, zu proklamieren. Streikleiter ist Heitmann. Bemerkenswert ist, daß große Geschäfte sofort bewilligten! Die Barbier beabsichtigen den Achtuhr-Lohnschluß einzuführen, sowie die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, wofür 22 Mark Wochenlohn. Die Böttcher und Töpfer haben gleichfalls Lohnforderungen gestellt. Die Bauarbeiter hatten ein Schreiben an die „Jahnnung „Bauhütte“ gerichtet, worin ab 1. April ein Lohn von 55 Pfg. pro Stunde (jetzt 50 Pfg.), ein Accordpreis von 3,40 Mark (jetzt 3,20 Mark) verlangt wurde. Daraufhin ging der Lohnkommission von der Jahnnung folgendes niedliche Schreiben zu: „Auf das von Ihnen und Herrn Hoff an die Jahnnung gerichtete Schreiben vom 27. Januar d. J. müssen wir Ihnen erwidern, daß die Jahnnung „Bauhütte“ eine Korporation von Maurerarbeitern nicht an-

erkennt und deshalb in Verhandlungen über Lohn u. s. w. Ihnen nicht eintreten kann.“ Das klingt echt lässlich! Hier wo es wohl einen Streit geben. — Bei der Gemeindevertreterwahl Groß-Floßbeck bei Altona gelang es den Willenbefähigten, einzigen Arbeiter, Genossen Wein, zu verdrängen; er erhielt nur 77 Stimmen, während auf den Gegner 88 entfielen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Das Kriegägericht in Flensburg verurteilte den Füllier Stidel wegen Morddiebstahls zu 1 Jahr Zuchthaus, das Schwurgericht ebenda den Arbeiter Karl Fr. Matthias aus Hadersleben, welcher am 20. Januar d. J. die Paulsen'sche Holzbearbeitungsfabrik in Hadersleben vorzüglich in Brand setzte, unter Jubelgillmildernden Umständen zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis u. 4 Jahren Ehrverlust. — Auf einem Gute bei Waren wird einem Deputatsrechte in der Dreschmaschine der linke Arm gequetscht — Ein Schulstreik ist in Gottin bei Teterow ausgebrochen. Die dortige Schule hatte längst mehrere Tage ausgebrochen, weil der Lehrer keine Forderung mehr hat, da ihm sein kontraktlich festgesetztes Quantum Feuerungsmaterial nicht verabsolgt war. Der Dorf soll übrigens erst kurz vor Weihnachten angesehen sein. Als der Lehrer neue Feuerung verlangt wurde ihm ein Fuder geringes Buchholz geliefert, worauf er erklärte, er heize jetzt überhaupt nicht mehr, da dem Hofe die Heizkosten zu hoch seien. Infolge dessen wurde eine neue Forderung mit der Heizung beauftragt, welche sich ihrer Aufgabe aber nicht entledigte, weil sie, wie sie sagte, mit dem grünen Buch nicht heizen könne. Als nun eines Tages der Schulinspektor die Schule insizierte, waren weder Lehrer noch Schüler in der Schulstube anwesend. Auf der Station Kiodow bei Friedland entgleiste infolge falscher Weichenstellung am Donnerstag ein Personenzug, wobei Lokomotive und der Tender aussetzten. Personen wurden nicht verletzt. — In Kl. Blaken bei Waren wollte ein Schmiedebesitzer einen Sperling schießen, traf jedoch einen Knecht, welcher auf Stelle todt niederstürzte. Der Unvorsichtige gerieth in Haft. In Bergede bei Barck im brannte ein von zwei Arbeiterfamilien bewohnter Kothof völlig nieder. — Das Schwurgericht Gütrow verurteilte den Agenten Scholnecht aus Carwegen Brandstiftung zu 1 Jahre Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, den Knecht Schimmler aus Godow wegen versuchter Mordtath zu 6 Monaten Gefängnis

Achtung, Parteigenossen!
 Alle etwaigen Beschwerden über die prinzipielle und taktische Haltung des „Lüb. Volksb.“ usw. sind zu richten an den Vorsitzenden der Prekommission, Genossen **Asmus Beck**, Dornstraße 26 a.

Sarg-Magazin
 Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**
 obere Wählenstraße 13 und kurze Königstraße 116 a.

Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise
 Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
 Eiserne Grabkreuze.
 Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Heute Nacht entließ nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann
Theodor Gramkau
 im 64. Lebensjahre.
 Tiefbetrauert von mir und allen Verwandten.
 Lübeck, den 3. März 1901.
 C. Gramkau, geb. Stegemann.

Die Beerdigung findet am Freitag den 3. März von der St. Lorenz-Kapelle aus statt.
 Beginn der Leichenfeier 11 Uhr.

Febl. Zimmer für 1 o. 2 jg. Leute
 Blumenstraße 17, 1. St., am Lindenplatz.

Ein möbl. Zimmer Gr. Bröpelgr. 61.
Ein Logis zu verm. Dantwärtgr. 69.
Ein Logis Rühnstraße 27.

Zu vermieten zu sofort oder später eine Stube und Küche mit Keller.
 Angelnstraße 21 a.

Geht ein tüchtiger Knecht
 H. Lange, Kori bei Lübeck.

Tüchtige Rockarbeiter
 i u d t
Rud. Karstadt.

Tüchtiger Sodarbeiter gesucht
 der sich bei, sich auf Dampfschiffen einarbeiten kann.
H. Fährbör, Schwärze 24, 2. St.

Sucht zum 1. Mai ein Mädchen,
 welches Küche die Schule verläßt.
Höppner, Kori.

Ein schwarzer Hund, welcher für einen Cornuandea häufig zu verkaufen.
 Rühnstraße 40.

Ein kleiner Hund zu verkaufen
 Rühnstraße 12, zwischen Fährden u. Ludwigsgraben.

Eine zweijährige Bettstelle
 mit Eiserneinfassung zu verkaufen.
 Rühnstraße 42, 2. St.

Visit-Karten
 auf ff. Elfenbeinkarton
 per 100 Stück von 1 Mk. an
 liefert prompt und sauber
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Bestes Schweinefutter.
Alte Buttermilch
 von heute an
1 Liter 3 Pfg.
 bei Abnahme von 200 Liter 2 1/2 Pfg. pro Liter.
Lübecker
Genossenschafts-Meierei
 e. G. m. b. H.

A. Jantzen.	G. Hily.
Geräucherter Vorderkäse	Pfd. 82 Pfg.
Carbonade	68
Gesalzene Carbonade	62
Fetten und mageren Landspeck	80
Meierei-Butter	120
Landweitzwurst	Pfd. 110 und 120
Schmalz	Pfd. 45, 55 und 80
Weizen-Mehl	Pfd. 12
Prepar. Heide-Honig	Pfd. 45 und 50
Frische Eier	10, 11 und 12 Stück 60

Kupferhämdepr. 7. August Holst.
 Colonial- und Fettwarenhandlung.

Friedr. Paetan, Buchfabrik,
 Wählenstraße 27.
 Prima dicke Rippen, fr. Kopfleisch,
 Brodwurst, Grützwurst, Kohlwurst.
 ff. Kuchenschitt.

Klauenöl
 präpariert für Nähmaschinen und Fahrräder von
H. Möbius & Sohn
 Kuchenschiffabrik,
Hannover.
 Zu haben in allen besseren Handlungen.

Weine und Spirituosen
 von preiswertester, empfiehlt
Ad. Jähns, Schwärze 33
 500 gute Schenkungen und Flaschen in
 jeder Art und Stück, auch in großer Menge billig.
 Zum billigen Laden, 27 Rühnstraße 27.

Meiner werthen Kundschaft sowie einem geehrten Publikum von Schwartau und Umgegend zur gefälligen Nachricht, daß ich mein
Maß- und Reparatur-Geschäft
 in veränderter Weise weiter führen und stets bemüht sein werde, reelle Waare zu den äußerst billigen Preisen zu liefern.
 Schwartau, den 3. März 1901.

Karl Liebrecht, Schuhmachermstr.
 Die Uhrenhandlung von W. Huth
 empfiehlt sich auch auf Theilzahlungen
 Rauger Lohberg 41.

Gratulations-Karten
 zur
Confirmation
 in großer Auswahl
 und feinsten Ausführung
 empfiehlt die
 Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 50.
 Dieselben sind auch durch unsere Colporteurs zu beziehen.

Möbelkäufern
 empfehle ich
 mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter
Möbel jeder Art.
Folckers' Möbel-Magazin
 25 Marlesgrube 25.

Gewerkschaftsbrauerei
 Hüßstraße 79.
Heute Mittwoch:
Eimerbier
 von 5 Uhr Nachm. bis 9 Uhr Abds.
 Zu gleicher Zeit geben wir unsern werthen Abnehmern bekannt, daß von heute ab jeden **Mittwoch** und **Sonntags** Eimerbier verkauft wird und bitten um gefällige Abnahme derselben.
 Die Geschäftsleitung.

Von heute an 10 pCt. Preisermäßigung
 Damen- und Herren-Regenschirmen.
 Zum billigen Laden, 27 Rühnstraße 27.

Verband der Zimmerer
Verammlung
 am Donnerstag den 7. März
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50/51
 Tagesordnung unter Anderem:
 Die Arbeitslosenunterstützung-Kasse
 Der Vorstand.

Das Beste
 Lübecker Amusement
 bietet
Circus Variété.
Einzig!!
Unerreicht!!
Phänomenal!!
 ist das März-Programm.
 12 Attraktionen.
Auftreten von
Heinrich Kalberg.
 Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadt-Theater
 Donnerstag 7 Uhr.
 (156) 122. Abonn.-Vorst. 2. Donnerstags-Vorst.
 Im Nachahmung.
 Zum 2. Male.
Ueber unsere Kraft.
 2. Theil.
 Freitag den 8. März.
 158. Vorstellung.
 123. Abonn.-Vorst. 1. Freitag-Vorst. im Nachh.
 Ehren-Abend **Julius Seidler.**
Die Fledermaus.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 56.

Donnerstag, den 7. März 1901.

8. Jahrgang.

Der gekrönte Stierkopf.

Mecklenburg ist ein in jeder Beziehung merkwürdiges Land. In der Erinnerung unserer raschlebigen Zeit ist es das Land, in dem Bauerntöchter vom Gutsbesitzer zur „Arbeit“ auf dem Gute befohlen werden, das Land, dessen Privilegierte ihre Privilegien selbst dem Beeizubeh Sozialdemokratie verkaufen wollen, wenn sie nur recht viel Geld dafür bekommen und dessen Pastoren revolutionär, weil sie Steuern zahlen sollen.

Bei den vielen Verbindungen nun, die gerade wir Lübecker mit Mecklenburg unterhalten, halten wir es für angebracht, unseren Lesern einmal über das merkwürdige Land einen kleinen geographisch-historischen Exkurs zu geben. Seine Merkwürdigkeiten sind nämlich noch lange nicht erschöpft.

Merkwürdig ist es vor allem, daß der mecklenburgische Landtag, der alljährlich im Herbst abwechselnd in den Städten Malchin und Sternberg tagt, und der seine jetzige Zusammensetzung bestimmt sieht aus den Vereinbarungen des „landesgrundfählichen Erbvergleichs“ vom 18. April 1755, mit denen der Krieg und die Empörung der Junker gegen die damaligen Fürsten ihr Ende erreichten, noch immer zu Recht besteht. Freilich mußte er sich, als das Gewitter 1848—1849 sich auch für Mecklenburg durch starkes Wetterleuchten verrieth, verstecken. Als es aber für die Reaktion in Deutschland wieder gut Wetter war, froh auch er wieder an die Sonne. Offiziell fand dieser Akt seinen Abschluß in dem Urtheile des Freienwalder Schiedsgerichts vom September 1850, das auf Anrufen der Ritterschaft, für deren Verlangen auch die Haltung der preussischen Regierung sprach, von den regierenden Fürsten Preußens, Sachsens und Hannovers eingesetzt worden war. Allerdings enthielt das im Oktober 1845 eingeführte Staatsgrundgesetz, ebenso wie das gleichzeitig eingeführte Wahlgesetz Bestimmungen, die vermuthen ließen, daß die Wahrung der materiellen Interessen der Ritter nicht mehr das Ziel aller mecklenburgischen Staatskunst sein sollte. Räumte doch das Wahlgesetz jedem 23jährigen Mecklenburger das Wahlrecht, und jedem 30jährigen die Wählbarkeit ein; auch war die Wahl selbst eine allgemeine direkte. Und im Staatsgrundgesetz war gar die Aufhebung des Adels als Stand und die Abschaffung aller Standesrechte ausgesprochen. Das Staatsgrundgesetz enthielt die Gewähr des unentgeltlichen Unterrichts in Volksschulen und Gewerbeschulen und für Unbemittelte in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten, sowie des unbeschränkten Vereins- und Versammlungsrechts! Ebenso sprach es aus die Verechtigung für jeden Eigenthümer, auch des kleinsten Grundstücks, das Jagdrecht auszuüben, und die unentgeltliche Aufhebung aller bestehenden Jagdrechte auf fremdem Grund und Boden. Daß diese Bestimmungen den „Eblen“ wider den Strich gingen, ist bei deren gering ausgebildeten Bescheidenheit nur zu sehr begreiflich. Großes Gefallen fand deshalb auch das Freienwalder Schiedsgericht, da es erklärte, daß das Wahl- wie Staatsgrundgesetz „von Rechts wegen richtig und der Großherzog verbunden zu achten, nach Anleitung des Erbvergleichs einen Landtag auszuschreiben.“ Damit war also der Zustand, wie er vor 1848 bestanden und zur Volkserhebung geführt hatte, vollständig wieder hergestellt und die Möglichkeit gegeben, daß der Landtag in der weiteren Berathung der heimischen Gesetzgebung erfolgreich fortfahren konnte.

Verständlich erscheint diese heutige mecklenburgische Gesetzgebungskunst einigermaßen, wenn man weiß, von welchem Stoff die „Volksvertretung“ ist. Zwei Gattungen unterscheiden man in ihr: das Corps (Gesamtheit) der Ritterschaft und das der Landschaft. Mitglied der Ritterschaft, und damit berechtigt, auf dem Landtage zu erscheinen, ist, wer mit einem Hauptgut — ob Lehn- oder Allodgut (Erbgut), kommt dabei nicht in Betracht — angelesen ist und den Homagial- oder Lehenseid (Eid der Treue gegen den

Fürsten) geleistet hat. Das Corps der Landschaft bilden die im Unterschied von den Seestädten Rostock und Wismar, sogenannten Landstädte. Die Vertretung dieser Städte geschieht durch Delegirte, die in jedem Falle die Bürgermeister dieser Städte sein müssen. Nicht einmal das elendeste aller Wahlgesetze stört die behäbige Ruhe dieser „Volksvertretung“, in deren Zusammensetzung unverblümt die Herrenmoral und in deren Gesetzesfabrikation die unverfälschte „Erbweisheit“ zu Tage tritt. Allein auf Grund ihres Besitzes, ungeachtet ihrer intellektuellen Fähigkeiten oder Unfähigkeiten sind die „Eblen“ berechtigt, nach ihrer Anschauung über das Wohl und Wehe des Volkes zu befinden. Um den Beschlüssen des Landtags Gesetzeskraft zu verleihen, bedürfen diese der Zustimmung des Regenten von Mecklenburg-Schwerin, und des Beherrschers von Mecklenburg-Strelitz. Es unterliegen auch die Gesetze, die nur für eines der beiden Länder Kraft haben sollen, der Zustimmung des anderen Fürsten, bezw. der Vertreter des anderen Landes. Denn beide Länder müssen „nach einerlei Gesetzen, Landesverordnungen und Verträgen“ regiert werden.

Die Machtmittel der Regenten sind damit aber nicht erschöpft. Denn nach dem Erbvergleich ist die Zustimmung der Stände nur in solchen Verhältnissen erforderlich, in denen es sich um die Rechte der einzelnen Stände handelt. In allgemeinen Landesangelegenheiten, der Erbvergleich nennt sie „gleichgültig“, ist nur das rathsame Erachten der Stände erforderlich. Es hat sich also, und daran ändert auch der gegnerische Einwurf nichts, daß das rathsame Erachten entscheidend wirkt, in Mecklenburg der reine Absolutismus erhalten. Würde, was jedoch bei der geradezu rührenden Uebereinstimmung der Stände und der Regierungen nicht zu befürchten ist, ein Konflikt, vielleicht über die „gleichgültigen“ allgemeinen Landesangelegenheiten zwischen ihnen ausbrechen, so müßten sich die Regierungen allerdings das rathsame Gutachten der Stände gefallen lassen, könnten im übrigen aber thun und lassen, was ihnen beliebt. Ja, bezüglich des Staatshaushaltes brauchen sich die Regierungen auch noch nicht einmal rathsam hineinerachten zu lassen.

Am offensten liegt der Absolutismus noch beim Domanium. Dieses, etwa zwölf Fünftel des Landes, besitzt nicht einmal diese zum lebhaftesten Widerspruch herausfordernde „Vertretung“ des übrigen Theiles des Landes. Für das Domanium hat der Landtag ein für allemal überhaupt „nig to seggn“; hier bestimmt der Regent einzig und allein, und nach seinem persönlichen Willen.

Die gänzliche Einflußlosigkeit des Volkes auf die Gesetzgebung wird gekrönt durch die Thatfache, daß die Verhandlungen und Beschlüsse des Landtages unter Ausschluß der Öffentlichkeit gehalten und gefaßt werden. In dieser Richtung dürfte nun auch ein Theil der Erklärung dafür zu finden sein, daß beim mecklenburgischen Volke das Vertrauen zur heimischen Gesetzgebung nicht allzu groß ist, und daß die Lehren der Sozialdemokratie ein williges Ohr finden. Die Liberalen sind zwar auch nicht mit dem Landtage zufrieden, aber dies nur deshalb nicht, weil der Grundbesitz, und nicht wie sie es gern möchten, der Kapitalbesitz für die Zusammensetzung des Landtages maßgebend ist. Gegen den Verdacht, als wären sie mit der Einführung des allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts einverstanden, haben die liberalen Vorführer ausdrücklich Verwahrung eingelegt. Entschieden gegen jede Reform und für die Aufrechterhaltung der mittelalterlichen Institution treten die Konservativen ein. Der mecklenburgische Landtag ist, so behaupten sie, so, wie er nach der unansehnlichen Weltordnung sein muß, und sie üben, so erklären sie weiter, darin die Herrschaft aus, weil sie „zum Herrschen prädestinirt“ (vorherbestimmt) seien.

So kann sich Deutschland, das Deutschland der mächtigen industriekapitalistischen Entwicklung, das Deutschland der vorschreitenden Sozialdemokratie eines Theiles rühmen, an dem alle politischen Veränderungen der Zeit fast spurlos vorübergegangen sind. Die merkwürdigen Botschaften, mit

denen uns jenes Land überrascht, sind Botschaften aus einer anderen Welt, Botschaften aus einem ganz anderen Jahrhundert.

Nun, das sei wie's sein mag. Mögen in Mecklenburg die Schnecken allzumal langsamer kriechen als anderwärts, schließlich wird's dennoch anders. Der schwarze gekrönte Stierkopf — Mecklenburgs leuchtendes Symbol — wird nicht immer über dem Lande glänzen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. 1500 Metallarbeiter in Palermo beschloßen zu streiken, bis ihr nach Rom entsandter Vertreter von der Regierung beruhigende Versicherungen erhalten hat. Ferner sind die Bäcker Palermos in Streik getreten, sodaß Palermo von Neapel aus mit Brot versorgt werden muß. Der Vorsitzende des Bäckerstreikkomitees wurde, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, verhaftet.

Um der großen Arbeitslosigkeit abzuhelfen, hat der ungarische Handelsminister neuerdings bei privaten Waggonfabriken 2000 Lastwaggons bestellt.

Die Weissenfelder Fleischergejellen sind mit ihren Meistern in Differenzen gerathen, da in einem Artikel des „Hallischen Volksblatts“ die Mißstände im Fleischergewerbe zu Weissenfels näher beleuchtet wurden. Die Meister waren darüber natürlich in helle Aufregung gerathen und verlangten von ihren Gejellen den Widerruf dieser Notiz. Hierzu konnten sich die Gejellen aber nicht verstehen und die Meister wollten daher der Organisation der Gejellen auf den Leib rücken. Diesen gewagten Schritt zu thun, hat man aber vorläufig unterlassen und mit den Gejellen, im Weissenfeld Hauptvorstehenden, Verhandlungen gepflogen. Dieselben führten zu dem Resultat, daß die Mißstände zum größten Theil anerkannt werden mußten und eine Kommission eingesetzt wurde, die in Zukunft die Betriebe überwachen und Verhältnisse in der gerügten Art den Meistern vortragen soll, damit dieselben abgestellt werden. Die dortigen Gejellen sind zu zwei Dritteln organisiert und lediglich diesem Umstande hat man auch wohl das Entgegenkommen der Meister zuzuschreiben.

Die Wajchfrauen von Geisenheim haben in dem „Rheingauer Anzeiger“ folgende Erklärung veröffentlicht: „Durch die fortwährend steigende Theuerung des Lebensunterhaltes sind wir gezwungen, den verehrlichen Herrschaften von Geisenheim zu erklären, daß wir vom 1. März d. J. ab folgende Arbeitszeit und Tagelöhne für uns festgesetzt haben: Arbeitszeit im Sommer von Morgens 6 Uhr bis Abends 7 Uhr, im Winter von Morgens 7 Uhr bis Abends 7 Uhr. Tagelohn im Sommer wie im Winter, bei freier Kost im Hause, pro Tag 1,60 Mk., ohne Kost 2,40 Mark, außerdem zum Frühstück und Besper, auch wenn ohne Kost, ein Butterbrot und einen halben Schoppen Wein.“

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der im Tiefen Waarenhause in Berlin angeestellte Beleuchtungsmonieur Vorchert ist Montag Vormittag von der Kuppel des genannten Establishments auf die Leipziger Straße hinabgesprungen. Er war auf dem Dache mit der Reparatur von Beleuchtungskörpern beschäftigt gewesen. Mit gebrochenen Armen und Beinen und zerschmettertem Schädel wurde er aufgefunden. Der Tod war sofort eingetreten. Das Motiv zu dem Selbstmord soll verschmähte Liebe gewesen sein. — Ein schauerlicher Leichenfund, der am Sonnabend Abend spät gemacht wurde, hat bei den Bewohnern des Kottbusser Thorviertels in Berlin große Aufregung hervorgerufen. Es wird über die Angelegenheit gemeldet: Im Eckhause Kottbusserdamm 95 und Schönebergstraße wohnte seit 11 Jahren die verwittwete Frau Marie Amelung. Die Wittve verkehrte mit Niemandem; seit 8 Jahren bewohnte sie ein Dachkammerchen und theilte

Ein Liebesbeweis.

Erzählung von W. Oftergaard.

(Nachdruck verboten.)

Sie hatten über ihn gelacht, als er sie heirathete. Nicht wegen ihres Fehltrittes, den sie früher einmal begangen — denn das war seine Sache, und es gab wenige, die deshalb den ersten Stein auf sie werfen konnten.

Es war aber eine bekannte Sache, daß er eine ganz andere Parthie hätte machen können, wenn er gewillt hätte. Er konnte beispielsweise die Tochter des Gastwirthes bekommen haben, denn dieses Mädchen war vollständig verrückt auf ihn gewesen. Und da ihr Vater längst verstorben und die Mutter als Wittve allein dastand, hätte er gleichzeitig die beste Aussicht gehabt, das ganze Geschäft zu übernehmen, was doch bedeutend einträglicher für ihn gewesen wäre, als im Sommer Krabben zu fangen und im Winter Dorsche zu fischen und im Uebrigen auf einen gelegentlichen Verdienst angewiesen zu sein.

Er hatte aber fest auf seinen Vorsatz bestanden. Während fünf langer Jahre war er mit Ane Marie verlobt gewesen, denn seine Mutter eiferte beständig gegen die Heirath — und es gelang ihm daher schwer, die Füße unter den eigenen Tisch zu setzen. Als sich dann das Gerücht verbreitete, daß die Wirthstochter ein Auge auf ihn geworfen, und daß er nur zuzugreifen brauchte, machten sie ihm die Hölle so heiß, daß er beschloß, den Knoten durchzuhanen, ob es ihnen gefallen würde oder nicht.

Er mietete Die Knudsens altes Haus am Hafen. Es war ein häßlicher Kasten, aus Lehm zusammengefaßt und mit großen Böckern im Dache. Aber er verwendete zwei Frühlingmonate, während es weder Krabben zu fangen noch Dorsche zu fischen gab, auf das Ausbessern seiner künftigen Wohnung, so gut, wie es sich den Umständen nach thun ließ. Er kaufte eine Schlafbank von einem Nachbar und zwei

Stühle von einem anderen, und im Uebrigen half er sich, wie er konnte, zimmerte selbst einen Tisch zurecht und handelte sich das übrige nothwendige Gerath zusammen.

Als alles in Ordnung war, ging er zu Ane Marie und sagte, nun müsse es sein. Er könne den Unfrieden nicht mehr ertragen. Seine Mutter quäle ihn auf alle Weise, daß er sein Glück machen solle, wie sie es nenne, und die Tochter des Gastwirthes werde immer aufdringlicher mit ihren Versuchen, sein Herz zu erweichen. Wollte Ane Marie ihn haben, müsse sie sofort einschlagen. Es sei wohl möglich, daß es in der ersten Zeit harte Tage für sie gebe, darüber kämen sie aber wohl hinweg. Sie wisse ja, daß sie auf ihn vertrauen könne.

Ane Marie war doch nicht so schwer zu überreden, wie er geglaubt hatte. Sie fürchtete nichts dabei, ihr Schicksal in seine Hand zu legen. Als die einzige Näherin im Dorfe verdiente sie ja Geld, das der gemeinsamen Haushaltung zu gute kommen würde. Sie betrachtete es auf jeden Fall als eine Verbesserung ihrer Lage, Frau in ihrem eigenen Hause zu werden, wie arm sie dabei auch immer sein möchte.

Nun besprachen sie, wie sie sich einrichten wollten, ob es möglich sei, ein Bett anzuschaffen, oder ob sie sich mit der Schlafbank begnügen mußten; ob sie das kleine Stüchchen Erde hinter dem Hause ganz zu Kartoffeln verwenden sollten, oder ob sie vielleicht ein wenig Küchengarten darauf anlegen könnten. Und als am Abend Anders Svendsen nach Hause ging, nachdem sie diese und andere wichtige Dinge besprochen, war ihm so froh und leicht um's Herz, wie es in langer Zeit nicht der Fall gewesen.

Er ging munter fort und sang leise vor sich hin. Es war so sicher wie irgend etwas, daß Ane Marie ein braves Mädchen sei, sink bei ihrer Arbeit und so sein und sauber wie irgend eine von den Herrschaftsmädchen, die er im Sommer angetroffen, wenn die Badegäste im Dorfe waren. Und zudem hatte sie die schönsten Augen und das feinste,

weichste blonde Haar, das er je gesehen. Gut und treu war sie auch, das konnte man an der Art und Weise merken, wie sie ihren kleinen Knaben erzog.

Anders Svendsen machte plötzlich Halt, als er in seinen Betrachtungen bei diesem Punkte angekommen war.

Der Knabe! An ihn hatte er nicht gedacht. Er überlegte, ob er nicht schnurstracks zurückkehren sollte, um diese Frage zu erledigen. Wohin sollte der Knabe, wenn er und Ane zusammenzögen? Hatte sie vielleicht gedacht, daß das Kind bei ihnen bleiben sollte? Er wußte, daß sie den Jungen über alle Maßen liebte; sie konnte ihn fast nicht aus den Augen lassen; es war oft albern zu nennen, und er hatte es nie recht sagen mögen. Aber das hatte er vorher gewußt, er wußte jetzt wissen, was er thun wollte. Es war doch wohl auch recht und billig, daß sie den Knaben mitbringen durfte, sie hatte Sorge genug gehabt, hatte schwer gearbeitet, damit es dem Kinde gut ergehe. Sie war ganz allein auf sich gestellt gewesen, denn der Vater hatte ihr nie eine Hand zur Stütze gereicht.

„Ach, was!“ — murmelte Anders Svendsen zulezt. „Wenn alles zu allem kommt, ist es wohl nur einfache Menschenpflicht, sich eines solch kleinen Wurmes anzunehmen. Er muß mit in den Kauf genommen werden! Die Anderen können sagen, was sie wollen.“

Aber er sang nicht mehr vor sich hin auf seinem Wege. Es war etwas zwischen ihm und das Glück gekommen, jenes Glück, das er erwartete, und er konnte nicht unterlassen, daran zu denken, ob sie nicht doch gleich im Anfange eine Person zu viel würden.

Er wollte sich aber nichts merken lassen. Es sollte bei dem Beschluß bleiben, den er gefaßt hatte und Ane Marie sollte keine Ursache haben zu glauben, daß der Knabe ihm zur Last fiel.

Sie zog zusammen. Es war am Ende des Mai, und sie glaubten, daß dies die rechte Jahreszeit sei, am Hochzeit zu feiern. Die Matrosenstipendiaten sang an, ein wenig eintrög-

